



## Vorlage Stadtparlament

vom 2. März 2010

Nr. 1545

Stadtparlament: Postulate

**Postulat Christina Fehr Dietsche, Susanne Gmünder Braun, Karin Winter-Dubs, Rolf Wirth, Claudia Buess-Willi: Der Jugend eine Zukunft!; Frage der Erheblicherklärung**

**Antrag**

Wir beantragen Ihnen, folgenden Beschluss zu fassen:

Das Postulat „Der Jugend eine Zukunft!“ wird **erheblich** erklärt.

Christina Fehr Dietsche, Susanne Gmünder Braun, Karin Winter-Dubs, Rolf Wirth, Claudia Buess-Willi sowie 39 mitunterzeichnende Mitglieder des Stadtparlaments reichten am 19. Januar 2010 das beiliegende Postulat „Der Jugend eine Zukunft!“ ein.

Der Stadtrat nimmt zur Frage der Erheblicherklärung wie folgt Stellung:

Die derzeitige wirtschaftliche Krise hat die Ostschweiz stärker erfasst als frühere konjunkturelle Abschwünge. Sie trifft zudem Jugendliche und junge Erwachsene besonders hart. Gemäss statistischen Angaben des RAV St.Gallen hat in unserer Stadt die Zahl der Stellensuchenden von 15 bis 19 Jahren zwischen Januar 2008 und Januar 2010 von 83 auf 107 Personen zugenommen (+ 29 %), bei den 20- bis 24-Jährigen von 258 auf 411 (+ 59 %) und bei den 25- bis 29-Jährigen von 283 auf 485 Personen (+ 71 %). Die steigende Zahl der Stellensuchenden ist besorgniserregend. Darüber hinaus sind zehn Prozent der Schulabgänger/innen ohne Anschlusslösung, haben also keine Lehrstelle und besuchen keine weiterführende Schule. Im Mai 2009 waren gemäss Umfrage des Amts für Berufsbildung an den Schulen im Wahlkreis St.Gallen 167 Jugendliche ohne Anschlusslösung. In dieser Zahl sind jene, die ihre Lehre oder das Brückenjahr abbrechen, nicht berücksichtigt. Damit sind die beiden kritischen Übergänge in der Adoleszenz und im jungen Erwachsenenalter bezüglich beruflicher Orientierung, Ausbildung und Integration genannt.



Zur Unterstützung des ersten Übergangs, von der Schule in eine Ausbildung, stellen die Privatwirtschaft und die öffentliche Hand - auch die Stadtverwaltung - zahlreiche Lehrstellen zur Verfügung. Für bevorzugte Ausbildungsziele, wie beispielsweise die kaufmännische Lehre, bestehen oftmals zu wenig Ausbildungsplätze, andere Ausbildungsangebote bleiben gleichzeitig manchmal unbenutzt. Ferner werden Brückenangebote, beispielsweise das Motivationssemester, angeboten. Die Berufs-, Studien- und Laufbahnberatung St.Gallen unterstützt die Jugendlichen bei der beruflichen Orientierung und versucht, jene besonders zu betreuen, die keinen Ausbildungsplatz finden bzw. auch nach einem Brückenangebot keine Anschlusslösung haben.

Neben ihrer Rolle als Anbieterin von Lehrstellen ist die Stadt in dieser Thematik bei den Fällen involviert, bei denen Jugendliche einer Familie angehören, welche Sozialhilfe empfängt. Seit 2008 werden diese Jugendlichen schon vor Erreichen des Erwachsenenalters zur Beratung eingeladen bzw. aufgefordert. Dadurch wird angestrebt, möglichst früh die berufliche Ausbildung und Integration zu unterstützen, aber auch konsequent die Mitwirkung der Jugendlichen einzufordern. Die Strategie ist es, zu einem frühen Zeitpunkt mehr in die berufliche Integration zu investieren, anstatt später viele Jahre Sozialhilfe zu leisten. Das Sozialamt unterstützt die Betroffenen bei der Suche eines Ausbildungsplatzes und hilft, die Finanzierung zu regeln, sei es durch Anträge an die Stipendienstelle oder notfalls durch Leistung von Beiträgen aus der Sozialhilfe bzw. aus Fonds.

Das Sozialamt ist sich bewusst, dass noch mehr Angebote im ersten Übergang, von der Schule in eine Ausbildung, möglich und nötig wären. Viele grössere Städte führen eine spezialisierte Fachstelle, die Jugendliche und junge Erwachsene berät und betreut und besonders bildungsferne und schwer vermittelbare Jugendliche bis zu einem Bildungsabschluss und zur beruflichen Integration begleitet. Für bildungsferne Junge wären Beschäftigungs- und Ausbildungsplätze wünschenswert. In Basel arbeitet das Sozialamt zum Beispiel mit der „Job Factory“ zusammen, bei der es Jugendliche in Beschäftigungsprogramme und Motivationssemester platzieren kann. Bei einem entsprechenden Engagement können die Jugendlichen in einem weiteren Schritt eine Anlehre oder sogar Lehre machen. Winterthur hat ein Projekt, bei dem Jugendliche im Restaurant Römerpark beschäftigt werden und eine Anlehre bzw. Lehre im Service oder als Koch/Köchin absolvieren können. Die meisten Beschäftigungsprogramme werden begleitet durch ein individuelles Coaching, besonders bezüglich Bewerbungsverfahren und sicherem, angemessenem Auftreten, sowie durch Stützunterricht in den Fächern Mathematik und Deutsch.

Beschäftigungs- und Ausbildungsplätze erfordern den Einsatz finanzieller Mittel. Die untersuchten Projekte weisen je nach Ausbildungsaufwand und Intensität der Betreuung Kosten zwischen ca. CHF 2'000 und 3'000 pro Platz und Monat auf. Für die spezialisierte Beratung



und Betreuung müssen personelle Kapazitäten geschaffen und geeignete Fachleute engagiert werden. Inwiefern der Kanton sowie die Arbeitslosenversicherung bzw. das RAV St.Gallen für ein gemeinsames Projekt gewonnen werden können, wird im Falle der Erheblicherklärung des Postulats abgeklärt.

Im zweiten Übergang, von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt, engagieren sich Bund und Kantone. Zudem sind auch die privaten Unternehmen gefordert, Lehrabgänger/innen über den Abschluss hinaus nach Möglichkeit zumindest während einer gewissen Zeit weiter zu beschäftigen. Sollen neue Projekte zur Beschäftigung und Ausbildung von Jugendlichen lanciert werden, so ist es nicht sinnvoll, dies alleine durch die öffentliche Hand zu leisten. Im Idealfall können, wie bei der Stiftung für Arbeit (SfA), verschiedene öffentliche und private Partner gewonnen werden. Es soll keine Konkurrenz des ersten Arbeitsmarkts erfolgen. Viel mehr soll die Beratung und Begleitung fortgesetzt werden bis zum hoffentlich erfolgreichen Berufsantritt. Eine solche Lösung legt die zukünftige Gründung einer Stiftung oder allenfalls gemeinnützigen Aktiengesellschaft nahe. Künftigen Partnern fällt es leichter, sich einer Stiftung anzuschliessen als einem städtischen Projekt. Eine Stiftung garantiert zudem eine gewisse Unabhängigkeit bei gleichzeitiger Verpflichtung gemäss Stiftungszweck. Ein Projekt unter dem Dach der SfA empfiehlt sich jedoch nicht. Die SfA arbeitet mit einem anderen Zielpublikum und hat den Auftrag, Personen, welche aus dem ersten Arbeitsmarkt ausgeschieden sind, wieder fit für diesen zu machen. Jugendliche und junge Erwachsene sollten aber in einem anderen Umfeld begleitet und ausgebildet werden. Ein Misserfolg der Klientinnen und Klienten der SfA könnte sich für die jungen Berufseinsteiger/innen als sehr entmutigend erweisen.

Der Stadtrat ist bereit, den Ausbau von Beschäftigungs- und Ausbildungsprogrammen für Jugendliche und junge Erwachsene zu prüfen. Das Ziel muss sein, Jugendliche bei der beruflichen Orientierung und Ausbildung zu unterstützen und ihre Chancen für den ersten Arbeitsmarkt zu verbessern. Zielgruppenspezifische Angebote sind zu entwickeln bzw. aufzubauen. Dies wird aber nicht möglich sein ohne die Schaffung der nötigen finanziellen und personellen Kapazitäten. Die Überweisung wird er als Auftrag verstehen, in diesem Sinn ein Konzept zu erarbeiten.

Der Stadtpräsident:  
Scheitlin

Der Stadtschreiber:  
Linke

Beilage:  
Postulat vom 19. Januar 2010

